



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 – 2014

Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr

2011/2094(INI)

23.8.2011

ENTWURF EINER STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Verkehr und Fremdenverkehr

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

über den jährlichen Bericht über die Wettbewerbspolitik der EU
(2011/2094(INI))

Verfasser der Stellungnahme: Marian-Jean Marinescu

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. unterstützt die Maßnahmen der Kommission in Bezug auf Kartelle und Unternehmenszusammenschlüsse, die für die Regulierung des Marktes zugunsten des Verbraucherschutzes von wesentlicher Bedeutung sind;
2. vertritt die Auffassung, dass die Transparenz aller Kosten und Abgaben im Verkehrssektor, einschließlich des Regionalverkehrs, gestärkt werden muss, da dies eine Vorbedingung für die Beurteilung des Anspruchs auf staatliche Förderung darstellt, und fordert die Kommission daher erneut auf, einen Bericht zu veröffentlichen, in dem die gesamte staatliche Förderung für den öffentlichen Verkehr umfassend dargestellt wird;
3. teilt die Auffassung der Kommission, dass das grenzüberschreitende Verkehrsnetz der EU noch nicht in ausreichendem Maße verknüpft, interoperabel und effizient ist, dass ein solches Netz für die Vollendung des Binnenmarkts jedoch unbedingt notwendig ist;
4. bekräftigt seine Zusage, einen einheitlichen europäischen Eisenbahnraum zu schaffen, für den ein diskriminierungsfreier Zugang zum Schienennetz von entscheidender Bedeutung ist; fordert die Mitgliedstaaten auf, die Öffnung des Schienenverkehrssektors zu beschleunigen und für einen fairen Wettbewerb zu sorgen;
5. betont, wie wichtig es ist, die Unabhängigkeit der Anbieter schienenverkehrsbezogener Leistungen von Eisenbahnunternehmen zu gewährleisten;
6. erinnert angesichts der Tatsache, dass die Kommission gegen die Mitgliedstaaten, die das erste Eisenbahnpaket nicht ordnungsgemäß umgesetzt haben, Vertragsverletzungsverfahren angestrengt hat, daran, wie wichtig eine unabhängige Regulierungsstelle für den Schutz des Schienenverkehrsmarktes ist;
7. betont, dass die Möglichkeit des Schuldenerlasses angesichts des Verschuldungsgrads der Unternehmen im Schienenverkehrssektor in den neuen Mitgliedstaaten unter bestimmten Bedingungen erlaubt bleiben sollte, insbesondere, wenn die Öffnung des Schienenverkehrsmarktes dadurch erleichtert wird;
8. sieht den Ergebnissen der öffentlichen Anhörung über die Anwendung der Luftverkehrsleitlinien aus dem Jahr 2005 erwartungsvoll entgegen; fordert die Kommission auf, die Bestimmungen zur Bewertung von Sozial- und Umstrukturierungsbeihilfen für Luftfahrtunternehmen zu untersuchen, um zu klären, ob diese angesichts der heutigen Marktbedingungen weiterhin zur Schaffung gleicher Wettbewerbsbedingungen geeignet sind oder einer Überarbeitung bedürfen;
9. fordert die Kommission auf, die staatlichen Beihilfen genau zu überwachen, die Niedrigpreisfluglinien gewährt werden, sowie für eine gerechte Zuteilung und eine effiziente Nutzung der Zeitnischen zu sorgen;

10. betont, wie wichtig die Vollendung des einheitlichen europäischen Luftraums ist, in dessen Rahmen ein Leistungssystem festgelegt wird, anhand dessen in Bezug auf die Preisgestaltung für Transparenz gesorgt wird;
11. verleiht seiner Zufriedenheit über die Tatsache Ausdruck, dass inzwischen für alle Verkehrssektoren die Rechte der Reisenden geregelt wurden, und begrüßt insbesondere das Vorhaben der Kommission, für alle Verkehrsträger eine umfassende Übersicht über die Rechte der Reisenden zu veröffentlichen; empfiehlt der Kommission, auch ein Handbuch bzw. Leitlinien für Reisende zu veröffentlichen und zwecks Information von Reisenden weit zu verbreiten;
12. fordert die Kommission auf, Standards zu fördern, in deren Rahmen zur Stärkung der Rechte von Touristen und der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Fremdenverkehrssektors beigetragen wird, und fordert die Kommission in diesem Zusammenhang erneut auf, die Harmonisierung des europäischen Bewertungssystems für Übernachtungsmöglichkeiten voranzutreiben;
13. sieht den Ergebnissen der Studien der Kommission und des Parlaments über die Finanzierung von Seehafeninfrastrukturen erwartungsvoll entgegen, durch die den beiden Organen die Beurteilung der Frage möglich sein sollte, ob die bestehenden Bestimmungen einheitlich angewendet werden oder im Rahmen möglicherweise spezifischer Leitlinien überarbeitet werden sollten;
14. fordert die Mitgliedstaaten auf, die Umsetzung der dritten Postrichtlinie zu beschleunigen, und fordert die Kommission auf, der Überprüfung der Ausgleichsleistungen für Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse ein angemessenes Maß an Aufmerksamkeit zu widmen.